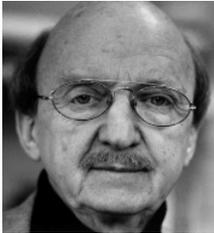

Gerhard Scherhorn

Ökonomie und Ökologie - Synthese mit Keynes?



Prof. Dr. Gerhard Scherhorn, geb. 1930 in Hannover, nach einer Buchhändler-Lehre Studium der Wirtschaftswissenschaften in Mainz, Hamburg und Köln, lehrte Volkswirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg sowie Konsumtheorie und Verbraucherpolitik an der Universität Hohenheim in Stuttgart. Seit 1996 ist er Direktor der Arbeitsgruppe „Neue Wohlstandsmodell“ im Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie.

Ein neues Problem: Marginalisierung

Es ist kein Wunder, dass Keynes wieder aktuell wird. Seit den siebziger Jahren haben wir ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung, und er hat als erster dargelegt, dass so etwas möglich ist. Allerdings hat die weltweite Arbeitslosigkeit heute andere Ursachen als in den dreißiger Jahren. Damals konnte man den Arbeitsplatzabbau auf eine konjunkturbedingte Investitionszurückhaltung der Unternehmen angesichts hoher Kapazitäten zurückführen, die einen besonders heftigen Multiplikatorprozess auslöste, der die Einkommen und damit die Nachfrage auf einen historischen Tiefstand reduzierte. Heute liegt das Problem in der Marginalisierung von Arbeitskräften und die ist ganz und gar keine konjunkturelle Erscheinung.

Marginalisierung bedeutet, dass Arbeitskräfte mit nichtrelevanter Qualifikation - nennen wir sie vereinfachend "minderqualifiziert" - auf Dauer an den Rand gedrängt werden. Diese Erscheinung wurde in den sechziger Jahren zuerst von lateinamerikanischen Entwicklungstheoretikern beobachtet. Sie ist heute auch in den Industrieländern anzutreffen. Präsident Clinton hat sie für sein eigenes Land so beschrieben: "Menschen am Rande der Gesellschaft, die vom Aufschwung der achtziger Jahre ausgelassen wurden und jetzt in einer ganz anderen Welt leben. Sie gehen nicht zur Wahl, sie arbeiten nicht. Kriminelle Handlungen zeigen sie nicht an. Sie schicken ihre Kinder nicht unbedingt zur Schule, und häufig haben sie nicht einmal ein Telefon. In dem Vakuum, in dem sie leben, bleibt es unklar, ob die Gesellschaft überhaupt Ansprüche an sie stellen kann

oder auch nur das Recht hat, sie zu tadeln“¹. Unter deutschen Verhältnissen mag sich die Marginalisierung etwas anders ausnehmen; aber auch hier ist sie durch Ausgegrenztsein und Chancenlosigkeit der Betroffenen gekennzeichnet.

Sicher gibt es daneben auch die vorübergehend Arbeitslosen, die wieder eingegliedert werden. Aber der Bodensatz derer, die nicht auf andere Arbeitsplätze vermittelt werden können, ist beträchtlich und wird weiter anwachsen, denn die Anforderungen der Unternehmen an die Mitarbeiter steigen, mit ihnen steigt die Zahl der Bewerber, die sie nicht erfüllen können, und die Anzahl der Arbeitsplätze – die ja vorerst noch zunimmt – bleibt hinter der ebenfalls zunehmenden Zahl der Erwerbswilligen zurück und wird weiter zurückbleiben. Also werden immer mehr Menschen auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und schlecht bezahlte, kurzfristige, ungesicherte Minijobs angewiesen sein. Doch nicht nur bei ihnen liegt das strukturelle Problem. „An den Rand gedrängt“ sind ja auch jene, die einen halbwegs vollwertigen Arbeitsplatz annehmen, um überhaupt einen zu haben, sich aber auf ihm nicht wohlfühlen, weil ihre Begabungen und Neigungen auf Gebieten liegen, auf denen sie chancenlos sind.

Ein altes Problem: Globalisierung

Daniel Cohen² hat dargelegt, dass die Ursache der Marginalisierung im gegenwärtigen technischen Fortschritt liegt. Die informationelle Ökonomie behandelt nicht nur – wie die industrielle – die naturgegebenen Produktionsgüter Boden, Wasser und Luft, sondern nun auch den Raum und die Zeit wie freie Güter und erhöht dadurch vorübergehend das Unternehmenswachstum, dauerhaft aber eher die Arbeitslosigkeit, denn sie lässt die minderqualifizierte Arbeit überflüssig werden. Da man in den Unternehmen davon ausgeht, dass Produktion und Distribution mit wenigen hoch qualifizierten Arbeitskräften auskommen werden, ist das Interesse gering, durch Maßnahmen wie Ausbildung und Arbeitszeitverkürzung den Unbeschäftigten eine Chance zu geben. Derzeit sieht es so aus, als werde die Informationsgesellschaft eine „postmoderne“ Klassenstruktur schaffen, die durch Fragmentierung so stabilisiert wird, dass eine disziplinierende „industrielle Reservearmee“ auf längere Zeit etabliert werden kann.

Der Liberalisierung des Kapital- und Warenverkehrs, die man seit kurzem Globalisierung nennt, ist dies nicht anzulasten. Sie ist eine weitere Etappe in einem übergreifenden Expansionsprozess, der seit Jahrhunderten schubweise vorangetrieben wird. In nunmehr drei Bänden hat Immanuel Wallerstein³ die Entwicklung des heutigen Welt-

-
- 1) Zit. nach: Lester Thurow, Die Zukunft des Kapitalismus, Düsseldorf 1996, S. 51. – Die Marginalismus-Diskussion begann um 1965 in Mexiko und Chile. Die erste größere Veröffentlichung war: José Nun et al., La marginalidad en America Latina, Buenos Aires 1968. Vgl. auch Herber J. Nickel, Unterentwicklung und Marginalität in Lateinamerika. Einführung und Bibliographie zu einem lateinamerikanischen Thema, München 1973. Diese Hinweise verdanke ich Gerhard Sandner, Universität Hamburg.
 - 2) Daniel Cohen, Fehl diagnose Globalisierung. Die Neuverteilung des Wohlstands nach der dritten industriellen Revolution, Frankfurt/M. 1998.
 - 3) Immanuel Wallerstein, The modern world system, New York 1974, deutsch: Das moderne Weltssystem. Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1986. – Ders., The modern world system II. Mercantilism and the consolidation of the european world-economy, New York 1980, deutsch: Das moderne Weltssystem II - Der Merkantilismus. Europa zwischen 1600 und 1750, Wien 1998. – Ders., The second era of great expansion of the capitalist world-economy, 1730-1840, New York 1987.

systems analysiert. Seine These ist, dass es sich "als kapitalistische Weltwirtschaft konstituierte, die ihren Ursprung im Europa des langen 16. Jahrhunderts hatte und die *Transformation* einer bestimmten redistributiven oder tributären Produktionsweise (des Feudalismus, GS) in ein qualitativ anderes Gesellschaftssystem bedeutete. Seit jener Zeit hat die kapitalistische Weltwirtschaft a) im Zuge ihrer geographischen Ausdehnung den gesamten Erdball erfasst; b) sich durch ein zyklisches Muster von Expansion und Kontraktion sowie die räumliche Verlagerung ökonomischer Funktionen ausgezeichnet (den Aufstieg und Fall hegemonialer Mächte, das Auf und Ab bestimmter zentraler, peripherer oder semiperipherer Zonen); und c) einen säkularen Transformationsprozess durchlaufen, der technologischen Fortschritt, Industrialisierung, Proletarisierung und die Entstehung eines organisierten politischen Widerstands gegen das System selbst umfasst – eine Transformation, die sich auch heute noch vollzieht".⁴

Keynes' Ansatz auf die heutige Unterbeschäftigung anzuwenden, hieße diesen Transformationsprozess so zu steuern, dass die Marginalisierten in die Nachfrage einbezogen werden, also Beschäftigung und Einkommen erhalten. Da dieser Prozess aber strukturellen und nicht konjunkturellen Charakter hat, ist das Marginalisierungsproblem mit einer vorübergehenden Belebung der Nachfrage durch den Staat nicht zu lösen. Öffentliche Aufträge oder Einstellungen wären strukturell nur wirksam, wenn die Staatsquote dauerhaft erhöht werden könnte; die gegenwärtige Steuerbelastung und Staatsverschuldung lassen das keinesfalls zu. Es ist nicht einmal sicher, dass eine Nachfragepolitik sich wenigstens für den Teil der Arbeitslosigkeit finanzieren lässt, der konjunkturell bedingt ist.

Zurückbleiben der Arbeitseinkommen

Die Lösung kann ebenso wenig der Verbesserung der Angebotsbedingungen – Senkung von Zinsen und Löhnen, Beseitigung von Innovationshemmnissen – wenig liegen. Nichts gegen die Angebotspolitik, aber sie ist nur wirksam, wenn die Unternehmen sich an der Erschließung potentieller Nachfrage gehindert sehen. Derzeit investieren sie auch ohne Angebotspolitik überall dort, wo sie neue Nachfrage vermuten, vor allem in informationelle Produktionsverfahren und Vertriebswege; die Kursentwicklung bei Software- und Internetfirmen illustriert das mit Nachdruck. Diese Investitionen mindern die Marginalisierung nicht, sondern bewirken sie; also verstärken sie das Problem, statt es zu lösen.

Weder Nachfrage- noch Angebotspolitik können weiterhelfen, weil in beiden stillschweigend vorausgesetzt wird, dass mit den grundlegenden Bedingungen des Wirtschaftens, wie wir sie in den Relationen zwischen den Produktionsfaktoren symbolisiert finden, alles in Ordnung ist und die auftretenden Probleme als vorübergehende Störungen an der Oberfläche einer an sich intakten Grundkonstellation betrachtet werden können. Ich möchte das mit einigen Stichworten erläutern: Einkommensschere, Begünstigung des Kapitals, Verdrängung der Subsistenz, Vernachlässigung des Verteilungsproblems.

4) Wallerstein, Weltsystem II, S. 8.

Keynes' Auge würde ohne Zweifel auf das Auseinanderdriften der Kapital- und der Arbeitseinkommen fallen, das ich hier als *Einkommensschere* bezeichne. Es ist wohl das augenfälligste Symbol, das der Transformationsprozess gegenwärtig zu bieten hat. Seit den siebziger Jahren bleiben die absoluten Zuwächse der Nettolöhne und -gehälter immer weiter unter denen des Sozialprodukts, während die absoluten Zuwächse der Geldvermögen exponentiell ansteigen: Von dem, was die Volkswirtschaft im Jahr zusätzlich zu verteilen hat, ist für die Arbeitnehmer immer weniger übrig, weil die Ansprüche der Kapitaleigentümer immer größer werden.

Keynes würde auf eine Dominanz des Spekulationsmotivs schließen und nach Möglichkeiten suchen, wie es neutralisiert werden könnte. Offenbar fließen die Zuwächse der Geldvermögen bevorzugt in Finanzanlagen, statt in reale Produktion investiert zu werden. Das wäre zu tolerieren, wenn sie dort in selbstzweckhaften Spekulationsspielen gleichsam neutralisiert würden. Aber was sich im Bereich der Finanzanlagen abspielt, wirkt in den Bereich der realen Produktion zurück. Es beeinflusst die Gewinnerwartungen der Unternehmen, erlegt ihnen Wachstumszwänge auf, und nicht zuletzt lässt es zusätzliche Ansprüche an das Sozialprodukt entstehen. Da ist es schon erstaunlich, mit welchem Gleichmut die Zunft der Ökonomen zusieht, wie die weltweit umlaufende Geldmenge sich immer weiter über die erhebt, die zur Finanzierung der Produktion nötig wäre.

Gewiss, da ist das Konzept der Tobin-Steuer. Aber es ist ein Vorschlag geblieben; nur wenige setzen sich für ihn ein. Keynes würde ihn nicht nur bejahen, sondern noch weiter gehen, etwa auf der Linie, die er 1942 in seinen Vorschlägen für eine internationale Clearing-Union, dem sog. Keynes-Plan, vorgezeichnet hat: eine Weltwährung mit Zentralbank und heute sicher auch Welt-Börsenaufsicht, mit einer Art Strafzinsen für Staaten, die ihre Zahlungsbilanz nicht ausgleichen, vermutlich mit einer Steuer auf spekulative Geldtransaktionen wie Tobin, vielleicht sogar mit einem periodischen Schuldenerlass oder einem Negativzins – jedenfalls einer Vorkehrung, die die exzessive Ausnutzung der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes, die zur „Überentwicklung“ der Geldvermögen und Schulden mit ihren destabilisierenden Folgen führt, in Grenzen hielte.⁵

Begünstigung des Kapitals

Das sind Phantasien; aber warum sollte Keynes, lebte er heute, weniger hellichtig und kreativ sein als zu seiner Zeit? Ich nehme sogar an, dass er die Marginalisierung, jedenfalls als eine zu bewältigende Aufgabe, vorausgeahnt hat – in seinem Aufsatz über „Die wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkel“ von 1930 findet sich die Vorausschau einer „technologischen Arbeitslosigkeit“, die er einer künftigen Periode zuschrieb, in der „unsere Mittel zur Einsparung von Arbeit schneller wirken als wir brauchen, um neue Verwendungen für Arbeit zu finden“ (eigene Übersetzung).⁶ Das war, wie aus

5) Vgl. Helmut Creutz, Das Geldsyndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, Frankfurt/M. 1955, S. 217 ff.

6) John Maynard Keynes, Economic possibilities for our grandchildren, in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. IX, S. 325. Für kollegiale Hilfe bei der Quellensuche danke ich Harald Hagemann, Universität Hohenheim.

dem Zusammenhang hervorgeht, durchaus im Sinne einer dauerhaften Veränderung gemeint. Doch hatte Keynes die eigentliche Ursache der marginalisierenden Arbeitslosigkeit noch nicht im Blick. Dazu fehlte ihm eine Erkenntnis, auf die wir erst in den siebziger Jahren gestoßen wurden – die Einsicht, dass das hohe Wirtschaftswachstum dieses Jahrhunderts auf dem Raubbau an den naturgegebenen Ressourcen, vor allem an den fossilen Energiequellen beruht.⁷

Dieser Raubbau wirkt sich so zerstörerisch auf die natürliche Mitwelt, die menschliche Gesundheit und die Intaktheit der Kulturen aus, dass man heute unmöglich noch daran glauben kann, die grundlegenden Relationen der Wirtschaft seien naturgesandt oder sonst wie objektiv gegeben und nicht weiter zu hinterfragen. Ich spreche von den Preisrelationen der Produktionsfaktoren Arbeit, Natur und Kapital. Sie erzwingen wirtschaftliche Entscheidungen, die den Menschen und ihrer natürlichen Mitwelt schaden – also können sie nicht vor unserem Widerspruch gefeit sein. Sie sind auch nicht etwa von einer kollektiven, unpersönlichen Instanz wie der des Marktes diktiert. In jedem Wirtschaftssystem werden die Faktorpreisrelationen vom Staat festgelegt.

Daran wäre nichts auszusetzen, wenn der Staat sich unparteiisch an übergeordneten Kriterien orientierte. Doch bis heute besteuern die Regierungen die wirtschaftliche Verwertung von Natur kaum, eher subventionieren sie sie, was einseitig den Kapitaleignern zugute kommt; zudem belasten sie den Ertrag der Arbeit weit mehr als die Kapitalerträge mit Steuern und Abgaben. Mit anderen Worten: Sie verbilligen die Natur, an der deshalb Raubbau getrieben wird; sie verbilligen dadurch zugleich das Kapital und verteuern zusätzlich die Arbeit, die deshalb durch Kapital ersetzt wird. All dies geschieht, weil sie sich bei der Erfüllung einer ordnungspolitischen Aufgabe an ihren eigenen Machtinteressen orientieren, statt – wie es ihre Pflicht wäre – am allgemeinen Wohl.⁸ Um eigenen Machtzuwachs zu erreichen, haben die Regierungen seit dem Merkantilismus das Kapital begünstigt.

Hier liegt, wie ich an anderer Stelle dargelegt habe,⁹ die gemeinsame Ursache der Arbeitsplatzvernichtung und der Umweltzerstörung. Die beiden anderen Produktionsfaktoren, Arbeit und Natur, wurden dem Kapital unter- oder nachgeordnet. Daraus entstand eine Verzerrung der Relationen, der ökonomischen sowohl wie der rechtlichen und sozialen. Eine Zeit lang konnte es so scheinen, als würde sie sich zum Vorteil der arbeitenden Menschen auswirken. Die Steigerung des Massenwohlstands, die in diesem Jahrhundert erreicht wurde, ist ja auch nicht gering zu schätzen. Aber ab den sechziger Jahren zeigte sich, dass sie durch Zerstörung der natürlichen Mitwelt erkaufte worden war. Und schon kurz danach, ab 1974, wurden die Kosten für den Faktor Arbeit erkennbar: Der Arbeitsplatzabbau wurde nicht mehr wie bis dahin durch zunehmende Beschäftigung in aufsteigenden Branchen kompensiert, der technische Fortschritt setzte nun auf breiter Front minderqualifizierte Arbeit frei, und das einzige Auffangbecken war eingetrocknet. Denn unter anderen Bedingungen läge nicht nur ein Ausweg, sondern ein Fortschritt darin, dass im formellen – beruflich organisierten – Sektor weniger und

7) Vgl. Christian Pfister, Das 1950er-Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft, Bern 1995.

8) Zu den „Schwierigkeiten der politischen Verständigung auf einen allgemeinen Willen“vgl. Klaus Michael Meyer-Abich, Praktische Naturphilosophie. Erinnerung an einen vergessenen Traum, München 1997, S. 419 ff.

9) Gerhard Scherhorn, Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung haben die gleiche Ursache, Wuppertal 1997 (Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie, Wuppertal Spezial 7).

im informellen Sektor, der Subsistenzwirtschaft, mehr gearbeitet wird. Aber die merkantilistische Politik der Regierungen war gerade gegen diesen Sektor gerichtet.

Verdrängung der Subsistenz

Sie hat Unternehmen privilegiert, die ihre Expansion vorantrieben. Sie hat die Erzielung von Geldeinkommen gefördert und die Naturalwirtschaft (land- und hauswirtschaftliche Eigenversorgung und Realtausch) benachteiligt, um ein möglichst großes monetäres Potential zur Verfügung zu haben, das mit Steuern, Abgaben und Staatsanleihen belastet werden kann. Das Interesse an monetären Staatseinnahmen – für ein stehendes Heer und eine schlagkräftige Administration – ging Hand in Hand mit dem Interesse der Unternehmen an billig verfügbaren Arbeitskräften, günstigen Investitionsbedingungen und wachsenden Umsätzen. Beidem lag das Interesse der Männer an häuslicher und gesellschaftlicher Dominanz zugrunde, die denn auch durch beides verstärkt wurde.

So wurden die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen begünstigt, die Kapitaleinkünfte gering besteuert, die Arbeitseinkommen dagegen mit Einkommens- und Verbrauchssteuern sowie Sozialabgaben immer höher belastet, unbegrenztes Unternehmenswachstum zugelassen, die Agrarpreise gedrückt, die Erwerbsarbeit Männern vorbehalten bzw. die Arbeit der Männer besser bezahlt als die der Frauen, den Haus- und Familienarbeit leistenden Frauen ein Anspruch auf eigenes Geldeinkommen und eigene Altersversorgung vorenthalten, die Nichterwerbsarbeit bei der Gestaltung der Infrastruktur benachteiligt. Nach und nach wurden Land, Technik, Gebäude, Menschen, Zeit, Qualifikationen und nicht zuletzt die Staatstätigkeit¹⁰ einseitig auf die Marktproduktion und deren Verwertungszwänge hin zugeschnitten. Die geldwirtschaftliche Erwerbsarbeit erhielt Priorität vor der freiwilligen Beteiligung an Gemeinschaftsaufgaben (z.B. Allmenden), vor dem Realeinkommenserwerb durch Eigenproduktion, vor der entgeltlosen Alltagsarbeit in Familie und Nachbarschaft. Ich möchte das auf einen unüblichen Begriff bringen: Sie verdrängte die Subsistenzwirtschaft.

Subsistenz¹¹ ist diejenige Wirtschafts- und Lebensform, in der für den eigenen Bedarf produziert wird und ein Austausch von Produkten und Diensten vorrangig innerhalb der lokalen Realbeziehungen stattfindet. Die Subsistenzwirtschaft ist weder geld- noch marktwirtschaftlich orientiert, an ihrer Peripherie aber in Geldströme und Marktprozesse eingebunden. Zu ihr gehört das „subsistence farming“ in den Ländern der Dritten Welt, im Grunde aber auch die Eigenproduktion und Alltagsarbeit der Arbeitnehmer und Konsumenten in den Industrienationen, die ja auch für diese von großer Bedeutung ist – in Deutschland z.B. macht sie zwei Drittel der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden aus.¹² Es schärft unser Verständnis für das Erhaltenswerte an der Subsistenzwirtschaft in den Drittweltländern, wenn wir sie im eigenen Land ernst nehmen. Sie war vor dem Markt da und hat auch heute, selbst in den höchstentwickelten In-

10) Das wird besonders anschaulich an der Sozialpolitik, vgl. Stefan Huf, Sozialstaat und Moderne. Modernisierungseffekte staatlicher Sozialpolitik, Berlin 1998.

11) „Subsistenz (lat. subsistere > standhalten<), das >Darunterstehende<, das, worauf sich jemand im Leben stützt; ... In der Philosophie das Aus-sich-selbst und Durch-sich-selbst-Bestehen der Substanz“, also des Wirklichen. Aus: Brockhaus Enzyklopädie Bd. 18, Wiesbaden 1973, S. 285.

12) Willy Bierter, Wege zum ökologischen Wohlstand, Basel 1995, S. 45.

dustrielländern, eine nichtersetzbare Funktion, denn sie schließt lauter Tätigkeiten ein, die erwerbswirtschaftlich nicht rentabel, gesellschaftlich aber unverzichtbar sind.

Das vernachlässigte Verteilungsproblem

All das sind Begleiterscheinungen der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems; sie halten auch heute noch an. Denn diese Entwicklung ist solange möglich, wie „die Wirtschaftsfaktoren in einem Gebiet wirksam sind, das größer ist als das, das ein politisches Gebilde kontrollieren kann. Das gibt den Kapitalisten eine strukturell begründete Handlungsfreiheit“.¹³ Solange sie gegeben ist, vollzieht sich eine ständige „Absorption von ökonomischen Verlusten durch politische Gebilde, während der Gewinn an private Besitzer verteilt wird“.¹⁴ Gemeint ist das *Ganze* der politischen Gebilde; getragen werden die Verluste aber nur von einem Teil; der andere Teil – die Herrschenden – kann durchaus seinen Vorteil davon haben.

Wie man heute sieht, werden die Verluste zum einen von denen getragen, die unter den vom industriellen Raubbau an der Natur verursachten Umwelt- und Gesundheitsschäden zu leiden haben, einschließlich der natürlichen Mitwelt, und zum anderen von denen, die marginalisiert werden. Das gehört zusammen, weil beides die gleiche Ursache hat. Die Ursache liegt aber nicht etwa in den Gewinnen; dann könnte sie ja nur dadurch beseitigt werden, dass wir auf den errungenen Wohlstand wieder verzichten. Sie liegt letztlich in der Vernachlässigung des Verteilungsproblems, von der die bisherige Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik gezeichnet ist. Das ökonomische Problem wurde in der *Produktion* gesehen. Wie der Wohlstand verteilt werden solle, hat nur am Rande eine Rolle gespielt, in der Sozialpolitik. Die ordnungspolitischen Grundentscheidungen aber blieben von Verteilungserwägungen unberührt. Wäre das nicht so, hätte man die Relationen der Produktionsfaktoren nicht bis heute als gegeben hingenommen, sondern von Zeit zu Zeit auf ihre Funktionalität hin überprüft.

Solange das nicht geschieht, wird die Produktion im Grunde als Selbstzweck betrachtet. Dann ist alles recht, was sie in Gang hält und noch beschleunigt, seien die Kosten auch noch so hoch. Diese können aber, wie wir heute wissen, nicht mehr lange vernachlässigt werden. Die Schäden an Natur und Gesundheit unterminieren den Wohlstand; dass sie beseitigt oder ertragen werden müssen, entwertet inzwischen mindestens die Hälfte des Sozialprodukts, und nur die Schäden und Defensivausgaben nehmen noch zu, wenn das Sozialprodukt wächst – also vermittelt die Steigerung des Volkseinkommens ein trügerisches Bild. Der Nettowohlstand steigt schon seit den siebziger Jahren nicht mehr.¹⁵ Aber man hält daran fest, dass die Produktion weiter steigen muss.

Noch vor wenigen Generationen müssen viele Menschen es besser gewusst haben. Bis in die zwanziger Jahre war die Hoffnung verbreitet, die steigende Produktivität würde den Menschen mehr freie Zeit – frei von Berufsarbeit *und* von Konsum – bescheren, denn die Güter würden mit immer weniger Arbeitsaufwand produziert, also

13) Wallerstein, Weltsystem, S. 519.

14) Wallerstein, Weltsystem, S. 519

15) Gerhard Scherhorn, Das Ganze der Güter, in: K.M. Meyer-Abich (Hrsg.), Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens, München 1997, S. 188-192.

würden die Menschen immer mehr Zeit haben, den Wohlstand zu genießen und sich ihrer eigentlichen Aufgabe zuzuwenden, der Kultivierung der Welt und des Lebens.¹⁶

Keynes' Vision

Keynes war noch 1930 dieser Auffassung. Er hat sie mehrfach vorgetragen und in dem schon zitierten Aufsatz über die wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkel publiziert. Sie weiter auszubauen, lag nicht in seiner Absicht. Sein Hauptinteresse galt den aktuellen Problemen, die mit der Depression, dem Zweiten Weltkrieg und der Neuordnung der Weltwirtschaft nach dem Kriege zusammenhingen. Die Aussichten, die er in dem Aufsatz skizzierte, lagen für ihn in ferner Zukunft. Zu unseren Lebzeiten, meinte er, gelte es noch für die Steigerung der Produktion zu sorgen und die Zukunft vorzubereiten¹⁷ – durch Kontrolle des Bevölkerungswachstums, Vermeidung von Kriegen und Revolutionen, angemessene Investition in die Forschung¹⁸ sowie stetige Akkumulation der Differenz zwischen Einkommen und Konsum, damit die Erhöhung des Kapitalstocks erreicht wird, die es den späteren Generationen erlaubt, produktiver und weniger zu arbeiten.

Die Kapitalakkumulation begann für Keynes – darin nimmt er Wallerstein vorweg – im 16. Jahrhundert. Die merkantilistische Privilegierung von Unternehmen hat sie vorangetrieben. Königin Elisabeth I. investierte 40.000 Pfund Sterling aus ihrem Anteil an der Beute des Seeräubers Francis Drake in die Levant Company, mit deren Gewinnen die East India Company gegründet wurde, und legte so den Grund zu den 4 Millionen Pfund Auslandsinvestitionen, die England 1930 hielt. Wenn der Kapitalstock der Welt um 2 Prozent jährlich wächst, wird er in hundert Jahren um das Siebeneinhalbfache gestiegen sein – man stelle sich das, fügt Keynes hinzu, in Sachwerten vor, in Häusern, Straßen, Fahrzeugen etwa.¹⁹ Die Realität hat diese Erwartung weit übertroffen. Die Sachvermögen sind in Deutschland von 1950 bis 1990 auf das 38-fache gestiegen – die Geldvermögen freilich auf das 82-fache²⁰, und hierin zeigt sich wieder, dass die Begünstigung des Kapitals heute nicht mehr so positiv gewertet werden kann.

Keynes spricht dann von den technischen Fortschritten in Industrie und Landwirtschaft, die er für die kommenden Jahrzehnte erwartete, und dass ihre Geschwindigkeit zu der schon erwähnten technologischen Arbeitslosigkeit führen werde; doch diese entstehe aus vorübergehenden Anpassungsschwierigkeiten; „in the long run“ aber sei die Menschheit dabei, *ihr ökonomisches Problem zu lösen* (die Kursivierung stammt von Keynes). Der Lebensstandard in den fortgeschrittenen Ländern werde um ein Vielfaches gestiegen sein, so dass die „absoluten“ (lebensnotwendigen) Bedürfnisse gesättigt seien und die Menschen ihre Energien nichtökonomischen Zielen zuwenden könnten.

16) Gary Cross, *Time and money. The making of consumer culture*, London/New York 1993. Da das Buch vergriffen ist, vgl. auch Lucia A. Reisch, *Time and Money*. Exzerpt des Buches von Gary Cross, Stuttgart 1998 (Universität Hohenheim, Lehrstuhl für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik, Arbeitspapier 71).

17) Keynes, *Economic possibilities*, S. 331.

18) Er forderte „our willingness to entrust to science the direction of those matters which are properly the concern of science“ – eine bemerkenswert abgewogene Formulierung, die keineswegs als Forderung für schrankenlose Freiheit der Forschung verstanden werden darf.

19) Keynes, *Economic possibilities*, S. 325.

20) Creutz, *Geldsyndrom*, S. 221f.

„Das Jahrhundert der Ökonomie: eine Episode“ – diese Überschrift in einem Buch von Ernst Ulrich von Weizsäcker²¹ könnte auch über Keynes' Artikel stehen.²²

Freilich: Wenn das ökonomische Problem, die Produktion, gelöst ist, wird die Menschheit ihres traditionellen Lebenszwecks beraubt sein und man muss einen „nervous breakdown“ erwarten, weil viele, wie die wohlhabenden Klassen es vorführen, gar nicht fähig sind, einen anderen Lebenssinn zu finden, so dass man einem Zeitalter der Muße eher mit Schrecken entgegensehen wird.²³ Mir scheint diese Überlegung sehr hellsichtig, wenn ich sie mit den krampfhaften Bestrebungen dieser Tage vergleiche, ständig weitere Scheininnovationen zu finden, um in den Augen der Konsumenten die Notwendigkeit von mehr Einkommen aufrechtzuerhalten und den Absatz der Produzenten weiter zu erhöhen. Keynes aber stellte sich vor, dass die innere Leere mit der Zeit überwunden wird und immer mehr Menschen die Fähigkeit erwerben, den Augenblick zu genießen, sich an den vorhandenen Dingen zu freuen und die Kunst des Lebens zu kultivieren.

Verteilung der Arbeit

Wie der Wohlstand so verteilt werden soll, dass alle – oder nach und nach immer mehr – ihr Auskommen haben, darüber hat er nur eine Andeutung gemacht. Für ihn lag offenbar auf der Hand, dass ein Weg gefunden werden müsste, alle Erwerbwilligen weiter an der Produktion zu beteiligen, also für alle die Arbeitszeit zu verkürzen: „Wir müssen eben die Arbeit, die dann noch zu tun ist, so breit verteilen wie möglich. Dreistundenschichten oder eine Fünfzehnstundenwoche dürften das Problem für eine ganze Weile lösen“²⁴ (eigene Übersetzung). Das Problem war für ihn, dass alle zu tun haben, also nicht, dass alle Einkommen haben, sondern dass sie es aus der Teilhabe am Wirtschaftsleben beziehen – mit anderen Worten, dass möglichst niemand an den Rand gedrängt wird. In diesem Sinne hat sich damals (1932) ganz pragmatisch und stärker gegenwartsbezogen auch der Unternehmer Robert Bosch geäußert: „Auf keinen Fall darf der Grundsatz, allen muss man Arbeit geben, zugunsten von Einzelheiten, die entgegengehalten werden, zu Fall kommen ... Zweck der Herabsetzung der Arbeitszeit ist, neben der moralischen Wirkung der Beschäftigung aller, die Schaffung höherer Kaufkraft (als bei Arbeitslosigkeit, GS). Dieser Zweck wird erreicht dadurch, daß alle verdienen“.²⁵

Keynes' Vision war, mit meinen eigenen Worten umschrieben, dass alle die Möglichkeit erhalten, an Produktion und Erwerb beteiligt zu sein, und dass sie genug Zeit

21) Ernst Ulrich v. Weizsäcker, Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, Darmstadt 1992, S. 3.

22) Keynes schließt seinen Aufsatz mit folgenden Sätzen: „Vor allem sollten wir die Bedeutung des ökonomischen Problems nicht überschätzen oder seinen vermuteten Sachzwängen andere Aufgaben von größerer und dauerhafterer Bedeutung opfern. Es sollte eine Sache für Spezialisten sein – wie die Zahnheilkunde. Wenn Ökonomen es fertigbrächten, dass man sie als bescheidene, kompetente Leute betrachtet, etwa so wie Dentisten, das wäre großartig!“

23) Keynes, Economic possibilities, S. 327f.

24) Keynes, Economic possibilities, S. 329.

25) Robert Bosch, Die Verhütung künftiger Krisen der Weltwirtschaft (1932). In: Sei Mensch und ehre Menschenwürde – Aufsätze, Reden und Gedanken von Robert Bosch. Stuttgart 1950. Zit. nach: DIE ZEIT, 1/99, S. 26.

für das bekommen, was den Sinn des Wohlstands ausmacht, für befriedigende, sozial relevante Eigentätigkeit. Das erfordert Arbeitszeitverkürzung, damit die freie Zeit zunimmt; es erfordert „training on the job“ und „job rotation“, damit die Minderqualifizierten wieder eingegliedert werden können. Auch muss die informelle Arbeit den gleichen Rang erhalten wie die formelle; das erfordert gleiche Behandlung der Geschlechter, damit die Eigentätigkeit sozial akzeptiert wird, und es erfordert eine Infrastruktur, die breiten Schichten Eigenarbeit ermöglicht und nahebringt.²⁶

Es sieht so aus, als sei das gegen die Interessen so ziemlich aller: der Konsumenten, denn sie könnten nicht mehr so viel kaufen; der Männer, denn sie verlören ihre Vorrangstellung; der leitenden Persönlichkeiten, denn sie müssten zugeben, dass sie zumindest stundenweise ersetzbar sind; der Unternehmen, denn sie wollen die minderqualifizierten Arbeitskräfte doch gerade loswerden; der Kapitalbesitzer, denn die Überentwicklung der Geldvermögen müsste nach einem neuen Keynes-Plan zurückgefahren werden, damit für die Arbeitnehmer wieder mehr übrig bleibt und die Stabilität der Weltwirtschaft weniger gefährdet ist; der energie- und materialintensiv produzierenden Branchen, denn die tiefere Ursache der Arbeitsplatzvernichtung müsste durch Änderung der Faktorpreisrelationen beseitigt werden; und nicht zuletzt der Regierungen, denn sie sind es doch, die diese Relationen festlegen und sich Vorteile davon versprechen. Vielleicht spricht es für Keynes' Weisheit, dass er seine Vision weit in das nächste Jahrhundert verlegte (in die Jahre um 2030) und darauf baute, dass bis dahin für entgegenstehende Interessen genug Zeit sein würde, reflektiert und abgebaut zu werden.

Doch ganz so viel Zeit haben und brauchen wir nicht mehr. Denn die entscheidenden Ereignisse finden heute statt. Wenn es richtig ist, dass die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems auf der Absorption ökonomischer Verluste durch politische Gebilde beruht, dann wird sich in den Köpfen der Regierenden etwas ändern, sobald das System die Welt so vollständig umspannt, dass keine weitere Expansion mehr möglich ist. Denn von da an haben sie von dem Bündnis mit dem Kapital mehr Nachteile als Vorteile. Die bald zu erwartenden Weltmonopole können ihre Erträge dann nur noch steigern, wenn sie sich die Regierungen eingliedern. Da das vorauszusehen ist, kann eine vernünftige Politik nur darin bestehen, das Zeitalter des Merkantilismus jetzt endlich abzuschließen. Dadurch aber werden alle Karten neu gemischt.

²⁶ Näher ausgeführt in: Gerhard Scherhorn, Die Krise des fordistischen Gesellschaftsmodells und die Zukunft des Tätigkeitssektors zwischen Markt und Staat. Kommune, 4/99 (in Vorbereitung).